

Wichtigste Erkenntnisse

Streubomben Monitor 2022

LANDMINE & CLUSTER MUNITION
MONITOR



STATUS DER KONVENTION ÜBER DAS VERBOT VON STREUBOMBEN VON 2008 (Stand 01. August 2022)

- Die Konvention ist mit insgesamt 110 Vertragsstaaten und 13 Unterzeichnern, die noch nicht ratifiziert haben, in einer guten Position. Jedoch erfolgten die letzten Ratifizierungen und Beitritte im Jahr 2020, die Verbreitung stagniert seither.
- Eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) zur Förderung der Konvention wurde im Dezember 2021 von 146 Staaten angenommen, darunter 36 Nichtunterzeichner. Russland stimmte als einziges Land dagegen.

EINSATZ VON STREUMUNITION

- Seit der Verabschiedung des Übereinkommens im Mai 2008 hat es keine Berichte oder Vorwürfe über einen neuen Einsatz von Streumunition durch einen Vertragsstaat gegeben.
- Stand August 2022 ist die Ukraine weltweit das einzige Land, in dem Streumunition durch Nicht-Vertragsstaaten aktuell eingesetzt wird. Russland hat seit dem Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 Streumunition in großem Umfang eingesetzt, während die ukrainischen Streitkräfte diese Munition mindestens dreimal während des Krieges verwendet haben. Weder Russland noch die Ukraine sind der Konvention beigetreten.
- Zwischen August 2021 und Juli 2022 gab es aus keinem anderen Land Berichte über den Einsatz neuer Streumunition. Der letzte gemeldete Einsatz von Streumunition in Syrien war im März 2021, andere Angriffe konnten jedoch nicht registriert werden.

OPFERZAHLEN UND KONTAMINATION

- Im Jahr 2021 wurden weltweit 149 neue Opfer durch Streumunition registriert, wobei 59 Menschen getötet und 90 verletzt wurden. Dies ist ein starker Rückgang im Vergleich zu den 360 Opfern im vorherigen Jahr.

- Alle im Jahr 2021 gemeldeten Opfer wurden durch Überreste von Streumunition (Blindgänger) verursacht. Es ist das erste Jahr seit 2011, in dem es keine neuen Opfer aufgrund von Streumunitionsangriffen gab.
- Der deutliche Rückgang der Zahl der Opfer im Jahr 2021 wurde durch die verheerende Zahl von Streumunitionsangriffen während des russischen Angriffskrieges in der Ukraine überschattet. Vorläufige Daten deuten darauf hin, dass in der ersten Hälfte des Jahres 2022 mindestens 689 Menschen Streumunitionsangriffen in der Ukraine zum Opfer gefallen sind. Viele Schicksale sind möglicherweise nicht erfasst worden.
- Nicht explodierte Submunition richtet in der Zivilbevölkerung extrem großen Schaden an, wobei Kinder besonders gefährdet sind. Für das Jahr 2021 stellt der Monitor fest:
 - Zivilist*innen machten 97 % aller Opfer aus. 144 Zivilisten wurden durch Streumunition getötet oder verletzt.
 - 66 % aller Opfer waren Kinder, sofern die Altersgruppe bekannt war. 90 Kinder wurden verletzt. In Laos und im Libanon kam es zu tragischen Unfällen, in denen Gruppen von Kindern, die mit Submunition spielten, verletzt und getötet wurden.
- Insgesamt gibt es in 29 Ländern und anderen Gebieten den Verdacht oder Beweis der Kontaminierung durch Streumunitionsrückstände. Darunter sind 10 Vertragsstaaten mit Räumungspflicht aufgrund des Vertrags.

VERNICHTUNG UND AUFBEWAHRUNG VON LAGERBESTÄNDEN

- Seit der Verabschiedung der Konvention im Jahr 2008 haben die Vertragsstaaten gemeinsam 99% der von ihnen gemeldeten weltweiten Streumunitionsbestände und damit fast 1,5 Millionen Streumunitionen und 178 Millionen Submunitionen vernichtet.
- Die Vertragsstaaten Bulgarien, Peru und die Slowakei haben im Jahr 2021 und in der ersten Jahreshälfte 2022 insgesamt mindestens 1.658 gelagerte Streubomben und 46.733 Submunitionen vernichtet.
- Nur 11 Vertragsstaaten behalten scharfe Streumunition für erlaubte Forschungs- und Ausbildungszwecke, darunter Belgien mit der höchsten Anzahl.

RÄUMUNG VON STREUMUNITIONSRESTEN

- Für das Jahr 2021 meldeten die Vertragsstaaten die Räumung von rund 61 km² mit Streumunition kontaminiertem Land und die Vernichtung von mehr als 81.000 geräumten Submunitionen. Dies entspricht einem geringen Rückgang gegenüber den 63,4 km², die 2020 als geräumt gemeldet wurden. Im Jahr 2020 wurden 80.900 Submunitionen zerstört, der Rückgang ist somit minimal.

- Nur Irak und Somalia arbeiten auf ihre ursprünglichen Fristen für die Räumung der verseuchten Gebiete hin, die Einhaltung der Frist ist unwahrscheinlich. Die Zahl der Vertragsstaaten, die ihren Verpflichtungen zur Räumung aller kontaminierten Gebiete nachkommen, nimmt ab.
- Drei Vertragsstaaten beantragten eine Verlängerung ihrer Räumungsfristen im Jahr 2022: Bosnien und Herzegowina (BiH) bis 2023, Tschad bis 2024 und Chile bis 2026. Die Anträge auf Fristverlängerung werden auf dem 10. jährlichen Treffen der Vertragsstaaten Ende August geprüft.

RISIKOAUFKLÄRUNG

- Die Mehrheit der betroffenen Vertragsstaaten bot im Jahr 2021 Risikoaufklärung an, die sich speziell an Gruppen richtete, die durch die Bedrohung durch Blindgänger aus Streumunition gefährdet sind. Darunter fallen Kinder, Geflüchtete und schwer zu erreichende Hirten- und Nomadengruppen.
- Die Länder Afghanistan, Irak, Laos, Libanon, Somalia und Tschad stellten nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselte Daten über die Empfänger*innen von Risikoaufklärung zur Verfügung.
 - In diesen sechs Vertragsstaaten machten Männer mehr als die Hälfte (54%) aller Menschen aus, die Risikoaufklärung erhalten hatten. Somit wurden mindestens 472.400 Männer erreicht.
 - Ein Drittel waren außerdem Kinder (36 %), wodurch fast 314.000 Jungen und Mädchen erreicht wurden.
- Die sozioökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie schienen die Risiken zu erhöhen, da die Menschen gezwungen waren, auf schädliche Bewältigungsmechanismen zurückzugreifen. In Laos und im Libanon wurde angenommen, dass die wirtschaftliche Not die Risikobereitschaft der Menschen förderte, da sie versuchten, ihre schwindenden Lebensgrundlagen aufzustocken.
- Die Risikoaufklärung wurde fortgesetzt, um die Bevölkerung vor den Risiken einer Kontamination durch die jüngsten oder noch andauernden Konflikte in den Nicht-Vertragsstaaten Libyen, Syrien, Jemen und dem Gebiet Berg-Karabach zu warnen.

OPFERHILFE

- Die meisten Vertragsstaaten, die ihre Verantwortung für Streumunitionsopfer anerkennen, unternahmen Anstrengungen, um die Zugänglichkeit und Nachhaltigkeit der Rehabilitationsdienste zu erhöhen. Die Finanzierung ist jedoch nach wie vor

mangelhaft und reicht nicht aus, um die Opferhilfe wirksam umzusetzen. Die Fortschritte im Rehabilitationssektor, dem stärksten Bereich der Hilfe, wurden durch die wirtschaftliche Lage und dem Zusammenbruch der Gesundheitssysteme in Afghanistan und im Libanon gehemmt.

- Die Inklusion von Überlebenden in soziale, wirtschaftliche und bildungspolitische Aktivitäten in Bosnien und Herzegowina, Laos, im Irak und dem Libanon verzeichnet einige Fortschritte.
- Maßnahmen zur Bewältigung von Traumata und anhaltenden psychischen Folgen für die Opfer von Streumunition sind nach wie vor rar und unterfinanziert. Peer-to-Peer-Unterstützung gehörte zu den am meisten benötigten und am wenigsten unterstützten Aktivitäten.
- Der Internationale Minenräumstandard (IMAS) für die Unterstützung von Opfern wurde 2021 vollständig verabschiedet. Gemäß den Standards sollten die nationalen Behörden eine Rolle bei der Überwachung und Erleichterung Sektor übergreifender Bemühungen spielen, um Bedürfnissen von Überlebenden nachzukommen und ihre Beteiligung an der Entwicklung einschlägiger nationaler Rechtsvorschriften und Strategien sicherzustellen. Die Anwendung dieser neuen Standards wurden im Irak, in Laos und im Libanon geprüft.

PRODUKTION UND WEITERGABE

- Keines der 16 Länder, die noch Streumunition herstellen oder sich das Recht dazu vorbehalten, ist Vertragsstaat des Übereinkommens.
- Russland hat weiterhin neue Streumunition hergestellt. Russische Streitkräfte haben im Jahr 2022 mindestens zwei neu entwickelte Typen von Streumunition in der Ukraine eingesetzt.
- Es gibt keine Hinweise darauf, dass Streumunition zu den Waffen gehört, die der ukrainischen Regierung im Jahr 2022 geliefert wurden.
- Mindestens 15 Länder haben in der Vergangenheit mehr als 50 Typen von Streumunition an mindestens 60 andere Länder weitergegeben.

TRANSPARENZBERICHTERSTATTUNG

- Insgesamt haben 102 Vertragsstaaten einen ersten Transparenzbericht nach Artikel 7 des Übereinkommens vorgelegt. Von den acht Vertragsstaaten, die ihre erste Transparenzberichtspflicht noch nicht erfüllt haben, sind Kap Verde und die Komoren ein Jahrzehnt im Verzug.

- Die Einhaltung der jährlichen Berichtspflicht ist enttäuschend: Mehr als die Hälfte der Vertragsstaaten haben ihren jährlichen Transparenzbericht nicht vorgelegt.

NATIONALE GESETZGEBUNG

- Niue hat im Jahr 2021 spezielle Gesetze zur Umsetzung des Übereinkommens über Streumunition und des Vertrags über das Verbot von Landminen erlassen. Damit gibt es insgesamt 33 Vertragsstaaten mit speziellen Gesetzen zur Umsetzung des Übereinkommens.
- Weitere 20 Vertragsstaaten planen die Ausarbeitung, Überprüfung oder Verabschiedung spezifischer gesetzlicher Maßnahmen zur Umsetzung des Übereinkommens oder arbeiten gerade daran. 43 Vertragsstaaten betrachten ihre bestehenden Gesetze und Vorschriften als ausreichend.
- Italien hat im Dezember 2021 ein Gesetz erlassen, das Unternehmen verbietet, Hersteller von Antipersonenminen und Streumunition zu finanzieren.